

MEINUNG UND HINTERGRUND

STANDPUNKT

Rückendeckung für den Verbund

Der Bankensektor ist seit geraumer Zeit Gegenstand politischer und ökonomischer Diskussionen. Von Konsolidierungsbedarf sprechen die einen, Wettbewerbsverzerrungen durch öffentlich-rechtliche Kreditinstitute reklamieren die anderen. Indes, die bisher bekannte Kritik bleibt im Kern unbegründet. Vor allem unterschlägt sie die Vorteile des Drei-Säulen-Prinzips für die Kunden und die Gesamtwirtschaft. Zudem fehlt eine überzeugende konzeptionelle Alternative.

Das „Forschungszentrum für Sparkassenentwicklung e. V. (FZSE)“, das im Mai auf unsere Initiative an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ins Leben gerufen wurde, bekennt sich daher ausdrücklich zum Drei-Säulen-Modell und verteidigt ebenso explizit die besondere Rolle von Sparkassen im europäischen Bankenmarkt.

Das FZSE wird von einem vierköpfigen Direktorium aus dem Lehrkörper der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften geführt. Horst Gischer, der geschäftsführende Direktor des Zentrums, ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Geld und Kredit. Als stellvertretender geschäftsführender Direktor fungiert Thomas Spengler, Professor für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensführung und Organisation. Peter Reichling, Inhaber des Lehrstuhls für Finanzierung und Banken, sowie Ulrich Burgard, Professor für Handels- und Wirtschaftsrecht, komplettieren das Leitungsgremium.

Es ist die bislang einzigartige und ausgesprochen nützliche Kombination von Fachkompetenzen, die dem FZSE die Möglichkeit gibt, sowohl praktische als auch theoretische Fragestellungen aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und damit zu innovativen Einsichten zu gelangen. Alle Direktoren sind ausgewiesene Forscher mit internationalen Kontakten und Publikationen. Wir sehen in der Bündelung unserer wissenschaftlichen Interessen auch eine Möglichkeit zur Profilierung des Hochschulstandortes Magdeburg.

Betonung liegt auf Unabhängigkeit

Allerdings verstehen wir uns nicht als verlängerter Arm oder Sprachrohr der Sparkassen-Finanzgruppe, sondern suchen die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit anwendungsorientierten Problemen des deutschen Finanzsektors. Bei der Diskussion um die Novellierung einzelner Landessparkassengesetze etwa gehen die ökonomische und die juristische Sphäre unmittelbar ineinander über.

Die Frage nach den Eigentümern einer Sparkasse ist gerade nicht trivial, sondern bedarf einer eingehenden Analyse, die auch an der Neugründung der Institute nach 1945 ansetzen sollte. Die Einführung grundsätzlich handelbaren

Trägerkapitals könnte daher eine Richtung vorgeben, die weder von der Idee eines öffentlich-rechtlichen Finanzsektors gedeckt ist, noch den Interessen der Kundschaft Rechnung trägt. Auch wenn die Möglichkeit der freihändigen Veräußerung des Trägerkapitals durch die Gebietskörperschaften heute von manchen noch rigoros ausgeschlossen wird: So mancher Politiker ist der Versuchung erlegen, durch den Verkauf des Tafelsilbers kurzfristige Einnahmeausfälle zu kompensieren – daher „wehret den Anfängen“. Die Übernahme von Sparkassen durch private Kreditinstitute würde die Bankstellendichte auf dem Land eher verringern als verbessern.

Strategische Positionen energischer nutzen

Den öffentlich-rechtlichen Akteuren fehlt es bisweilen an der energischen Nutzung ihrer strategischen Positionen. Die regionale (Ein-)Bindung ist ein Pfund, mit dem nachhaltig gewuchert werden kann. Nachdem die privaten Kreditinstitute die Fläche fluchtartig verlassen und sich auf die Zentren konzentriert haben, liegt die Finanzierung der gewerblichen Infrastruktur ländlicher Regionen vornehmlich bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Das ist nicht nur eine Bürde, sondern auch ein Vorteil bei der Akquisition von Kundeneinlagen. Diesen Wettbewerbsvorteil heißt es zu behaupten, auch gegenüber Vorwürfen aus Brüssel.

Die Corporate-Governance-Systeme angelsächsischer Prägung unter-

scheiden sich grundlegend von der deutschen Finanzmarktorganisation. Zudem fehlt es vielen ökonomischen Analysen an der notwendigen Kenntnis der einschlägigen deutschen Gesetzgebung. Die zähe Auseinandersetzung um das im Paragraph 40 KWG geregelte Namensrecht der Sparkassen ist ein prominenter Beleg für diesen Sachverhalt. Solange den ausländischen Beobachtern die Strukturelemente des deutschen Bankensektors nur unzulänglich bekannt sind, ist Verständnis für den nationalen Standpunkt kaum zu erwarten.

Dem Erklärungsnotstand Abhilfe leisten

Wir kommen regelmäßig in einen Erklärungsnotstand, wenn wir einen auswärtigen Kollegen mit Blick auf die Zusammensetzung von Verwaltungsräten öffentlich-rechtlicher Institute davon überzeugen wollen, dass Sparkassen keine staatlich geführten Unternehmen sind. Es besteht mithin nicht nur Aufklärungs-, sondern auch Änderungsbedarf. Unser Zentrum will auch hier als Ansprechpartner von Sparkassen und Verbänden dienen, um aus wissenschaftlicher Perspektive Argumentationshilfen und strategische Alternativen zu erarbeiten. Parallel suchen und führen wir gezielt die inhaltlich fundierte Diskussion auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen.

Unsere Initiative fällt bei den öffentlich-rechtlichen Akteuren auf fruchtbaren Boden, wie sich an der Mitgliederstruktur erkennen lässt. Zu den

Gründern des Zentrums zählen neben der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. der Sparkassenverband Niedersachsen (SVN), die Norddeutsche Landesbank Girozentrale (Nord/LB) und die Stadtsparkasse Magdeburg. Erst unlängst bat auch der Ostdeutsche Sparkassenverband (OSV) zu einem ausführlichen Informationsgespräch nach Berlin, eine aktive Unterstützung des FZSE wurde avisiert.

Um die enge, praxisorientierte Verbindung zwischen den Wissenschaftlern einerseits und der öffentlich-rechtlichen Zielgruppe andererseits zu verstärken, wurde ein Kuratorium eingesetzt, das die Aktivitäten des Forschungszentrums begleitet. An seiner Spitze steht Dr. Jürgen Allerkamp, Vorstandsmitglied der Nord/LB. Das Gremium, in dem alle institutionellen Mitglieder des FZSE mit Sitz und Stimme repräsentiert sind, wird ergänzt durch einen Vertreter des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV).

Diplom- und Projekt-Arbeiten für Studenten geplant

Unser Angebotsspektrum beschränkt sich jedoch nicht allein auf wissenschaftliche Expertisen. Wir sehen einen weiteren Schwerpunkt in der gegenseitigen Unterstützung bei der Fort- und Weiterbildung im akademischen Bereich. Dies gilt für die Vereinbarung von Praktika mit besonders leistungsfähigen Studenten ebenso wie für die Begleitung praxisnaher wissenschaftlicher Fragestellungen im Rahmen von Promotionsprojekten. Zudem ist die Vergabe von Diplom- und Projektarbeiten in enger Abstimmung mit einzelnen Sparkassen oder Sparkassenverbänden geplant. Nicht zuletzt steht die Teilnahme der FZSE-Direktoren an Konferenzen, Tagungen oder Diskussionsveranstaltungen mit spezifischem Fokus für den Sparkassensektor auf der Agenda des Zentrums.

Das deutsche Modell eines nationalen Finanzsektors hat sich überaus bewährt. Die öffentlich-rechtlichen Institute haben entscheidenden Anteil am Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Infrastruktur, ganz besonders in peripheren Räumen. Die anhaltende Globalisierung verlangt aber gesteigerte ökonomische Anpassungsfähigkeit und tragfähige Argumente in der wirtschaftspolitischen Diskussion. An diesen Prozessen wissenschaftlich mitzuwirken, hat sich das Forschungszentrum für Sparkassenentwicklung zum Ziel gesetzt.

- Die Autoren: Die Professoren Ulrich Burgard, Horst Gischer, Peter Reichling und Thomas Spengler (alle Forschungszentrum für Sparkassenentwicklung e. V., Magdeburg). Kontakt und weitere Informationen: www.fzse.de.
- Mehr zum Thema „Sparkassen und Wissenschaft“ im Dossier ab Seite 18.



Die Initiatoren und Gründer des „Forschungszentrums für Sparkassenentwicklung e. V. (FZSE)“ in Magdeburg (von links): Klaus Krummrich (Sparkassen-Wissenschaftsförderung), Heiko Paelecke (Nord/LB), Hartmut Forndran (Sparkassen-Wissenschaftsförderung), Horst Eckert (Stadtsparkasse Magdeburg), Prof. Dr. Sonning Bredemeier (Nord/LB), Dr. Patrick Steinpass (Deutscher Sparkassen- und Giroverband), Prof. Dr. Thomas Spengler, Prof. Dr. Ulrich Burgard, Prof. Dr. Peter Reichling sowie Prof. Dr. Horst Gischer (alle Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg).

Foto: FSZE

KOMMENTAR

Luxus der Ölförderländer

VON MANFRED KURZ
Abteilungsleiter volkswirtschaftliche Länder- und Branchenanalyse, BayernLB

Eine aus heutiger Sicht stabile Wachstumsperspektive 2008 für die Industrieländer sowie eine fortgesetzt kräftige Konjunkturdynamik in China und Indien sind die Basis für die anhaltend hohe Rohstoffnachfrage, auch beim Öl. Hätte man in der Vergangenheit noch darauf wetten können, dass ein hoher Ölpreis mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Auslöser für eine deutliche Abschwächung der Weltwirtschaft wird, so greift dieser Zusammenhang inzwischen nicht mehr automatisch: Die Weltwirtschaft behält stattdessen ihre konjunkturelle Dynamik trotz eines haussierenden Ölpreises bei. Das ist neu, ist aber auch ein Reflex dessen, dass die Industrieländer in den vergangenen Jahren ihre Ölintensität deutlich gesenkt haben und damit steigende Preise besser kompensieren können. Im Gegensatz zu früheren angebotsbedingten Ölpreisschocks ist der Preisanstieg beim Öl dieses Mal ausschließlich auf die steigende Nachfrage zurückzuführen. Hohe Ölpreise sind somit letztlich Ausdruck der weltwirtschaftlichen Dynamik, zumal die Ölförderländer mit den erzielten Mehreinnahmen ihrer Ölverkäufe auch die weltweite Nachfrage nach Industriegütern und -anlagen angeheizt haben. Die Konjunkturerholung in Deutschland wäre beispielsweise ohne den boomenden Export von Investitionsgütern sicher nicht so überzeugend ausgefallen.

Angetrieben vom steigenden Treibstoffbedarf des Transportsektors und vom Wachstum des Industriesektors erwartet die Internationale Energieagentur für die Zukunft ein weiterhin stabiles Wachstum der Ölnachfrage (2005 bis 2030: plus 1,3 Prozent p. a.). Die prognostizierte stabile Nachfrageentwicklung wird sich somit auch dauerhaft beim Ölpreis bemerkbar machen, der auf absehbare Zeit – bei zugleich volatiler Entwicklung – auf einem hohen Niveau bleiben dürfte. Ein nachhaltiges Absinken des Ölpreises auf ein Niveau unter 60 oder gar 50 US-Dollar erscheint vermutlich nur dann wieder auf der Agenda, wenn sich die Dynamik der Weltwirtschaft deutlich abschwächt. Dafür gibt es derzeit keine Hinweise, zumal sich die beiden bevölkerungsstärksten Nationen China und Indien auf einem fundierten Wachstumspfad befinden. Beide Staaten treiben die Industrialisierung ihrer Volkswirtschaften vehement voran und beanspruchen damit zwangsläufig größere Portionen am Rohstoffkuchen.

Die führenden Ölkonzerne der Industrieländer haben inzwischen zunehmend Mühe, sich Zugang zu neuen Reserven zu verschaffen und damit den Industrieländern ein möglichst „kalkulierbares“ Marktumfeld für Ölprodukte zu bieten. Stattdessen gewinnen die „New Seven Sisters“ – so bezeichnet man in Anlehnung an die multinationalen Ölkonzerne die staatlich kontrollierten Konzerne der großen Ölförderländer wie Saudi Aramco (Saudi-Arabien), Gazprom (Russland), CNPC (China), NIOC (Iran), PDVSA (Venezuela), Petrobras (Brasilien) und Petronas (Malaysia) – an Gewicht und Bedeutung für Versorgung und Preise am Ölmarkt. Diese staatlichen Gesellschaften kontrollieren zusammen rund ein Drittel der Öl- und Gasproduktion und verfügen über mehr als ein Drittel der globalen Öl- und Gasreserven. Zudem verfügen Unternehmen wie Petrobras, Saudi Aramco oder Petronas inzwischen über ein hohes technologisches Fachwissen, das sie bei der Erschließung neuer Ölvorkommen unabhängig von den „Old Seven Sisters“ (unter anderem Exxon Mobile, Chevron, BP, Shell) machen. Dass die Staatskonzerne zusätzlich von intensiver Unterstützung in Form staatlicher Interventionen, Finanzhilfen etc. profitieren, beflügelt noch ihre Expansionsbestrebungen. In dieser Konstellation – verändertes Kräfteverhältnis am Weltölmarkt, weiterhin knappe Reservekapazitäten sowie geopolitische Risiken (vor allem Iran, Irak, Nigeria) – ist es angebracht, die ökonomische Realität anzuerkennen. Beim gegenwärtigen Fördervolumen von gut 80 Millionen Fass Öl am Tag und bei einem Barrel-Preis von 70 Dollar werden am Ölmarkt pro Jahr 2,1 Billionen US-Dollar umgesetzt. In diesem Betrag spiegelt sich zu einem gewissen Teil die Belastung der Ölverbraucherländer wider, sofern sie nicht selbst Produzent sind. Realität ist aber auch, dass die Ölförderländer inzwischen nicht mehr den Ölhahn weiter oder gar weit öffnen müssen, um ihre ehrgeizigen Infrastrukturprogramme finanzieren zu können: Dieser „Luxus“ und der anhaltende globale Öldurst lassen mittelfristig einen hohen Ölpreis erwarten.

KOMMENTAR

„Linksruck“ in Deutschland?

VON DR. BETTINA WIESS

„Stell Dir vor, es ist Wahltag und alle wählen ‚links‘ – wer wäre der Wahlsieger?“ Gemessen an der derzeitigen Berichterstattung über den „Linksruck“ in der deutschen Politik wäre vieles denkbar: Ein rotes Bündnis, die Fortsetzung der derzeitigen Großen Koalition, ja sogar eine absolute Mehrheit der CDU/CSU wäre vorstellbar. Eine Kanzlerin, die niemanden zurücklassen will und an „Wohlstand für alle“ erinnert, ein Koalitionspartner, der sich für Mindestlöhne und staatliche Unternehmensbeteiligungen stark macht und die Linke, der alles in Deutschland nicht links genug ist.

Bevor jetzt nicht aus steuerlichen, sondern aus politischen Gründen der große Unternehmer-Exodus aus Deutschland beginnt, gilt es jedoch einiges geradezurücken. So kann die These vertreten werden, dass nicht die Politik links, das heißt vor allem „verteilungsorientiert“, sondern die Wirtschaft rechts, das heißt vor allem „ertragsorientiert“ geworden ist. „Stakeholder“ versus „Shareholder value“, der rheinische versus dem anglo-amerikanischen Kapitalismus – diese Schlagworte sind seit Jahren in der Diskussion und stehen für die Auseinandersetzung mit den vor allem kapitalmarkt- und renditegetrie-

benen Unternehmensentscheidungen. Ein Satz wie „Die Wirtschaft ist in erster Linie für die Menschen da und nicht für den Kapitalmarkt oder gar den Aktienkurs“ führt heute bei fast allen mit einem überdurchschnittlichen Jahreseinkommen zu nervösen Zuckungen, die bestenfalls dadurch abgemildert werden, wenn man den ehemaligen AEG- und Deutsche-Bahn-Chef Heinz Dürr als Zitatgeber nennen kann. Und Dürr sagt noch mehr: Man dürfe sich nicht wundern, wenn die Bezahlung der Vorstände von Großunternehmen in den 70er Jahren das 35-fache des Durchschnittsverdieners, heute aber das 450-fache betrage, und gleichzeitig den Menschen der Sinn unseres Wirtschaftssystems nicht mehr zu vermitteln sei. Die Wirtschaft trägt einen Großteil an Mitschuld an dem weit verbreiteten Gefühl der Arbeitnehmer, zwar mühsam den Lebensunterhalt mit Hilfe des Jobs bestreiten zu können, aber ansonsten mit dem System „wo die da oben sich die Taschen vollmachen“, nichts zu tun haben zu wollen.

Das andere Gefühl ist das des eigenen Abgezockt-Werdens von Seiten der Politik. Hier wirken die Zeiten nach, als die rot-grüne Regierung den Menschen die Reformen – und wie viele Fachleute heute meinen damit auch den Wirtschaftsaufschwung – verordnet hat, aber in der Vermittlung der

notwendigen Schritte, und vor allem des Ziels für den Reformweg, schlichtweg gescheitert ist. Kein Wunder also, dass die Agenda 2010 heute bei den wenigsten Beschäftigten mit dem Aufschwung, bei den Meisten stattdessen mit ungerechten Hartz-IV-Regelungen verbunden ist. Für die CDU/CSU gilt für ihre Regierungsarbeit die Beobachtung von Hans-Ulrich Jörges im „stern“: „Nicht einmal das Wort ist geblieben: Reform. Denn aufs Volk hat das die Wirkung einer entscherten Pistole.“ Nicht verwunderlich also, dass zwar einiges auf den Weg gebracht, zugleich aber auch klargestellt wurde, man könne sich vieles auch anders vorstellen. Jede Koalitionspartei nutzt den notwendigen Kompromiss, um die eigentliche Aufgabe – die Vermittlung von Politik – zu vernachlässigen. Eine Umfrage der „Zeit“ brachte die Distanz zwischen dem Volk und seinen „Vertretern“ zu Tage. Wie genau kennen die Bundestagsabgeordneten Leben, Alltag und Sorgen ihrer Wähler, war gefragt worden. Nur 14 Prozent der Befragten glauben „sehr und ziemlich genau“, aber 85 Prozent meinen „nicht so genau oder gar nicht“.

Und so kommt es, dass sich die Medien in ihrem Erklärungsnotstand zur politischen Tendenz auf Bücher stürzen: Steinbrück, Steinmeier, Platzeck werden

dafür abgestraft, dass sie Deutschland auf dem richtigen Weg sehen – weil Fortführung der Agenda 2010. Dafür wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident als „Arbeiterführer von der Ruhr“ tituliert und muss sich mit Händen und Füßen gegen den Eindruck wehren, dass er bei der SPD oder sogar bei der Linkspartei besser aufgehoben sei. Stichworte wie „erarbeiten vor verteilen“, „Leistung muss sich lohnen“, „so viel Staat wie nötig, so viel privates Engagement wie möglich“, „staatliche Hilfe als Hilfe zur Selbsthilfe“ – alles neu, weil man aufräumt mit den „neoliberalen Lebenslügen“? Jede Sonntagabend-Talkrunde dreht sich seit Jahren um diese Begriffe. Wenn also ernsthaften Beobachtern nicht der Eindruck entstehen soll, dass diejenigen, die jetzt völlig überrascht sind über den „Linksruck“, sich in einem Stadium kollektiver Demenz befinden, sollte man die Realität anerkennen. Sie besteht darin, dass man „links“ so umschreiben kann: ein verzweifelter Versuch, dem Kapitalismus eine soziale Dimension zu geben. Man kann beiden großen Parteien nur wünschen, dass ihnen das gelingt, denn ein Scheitern würde die Kräfte an den jeweiligen politischen Rändern stärken. Mit beiden Extremen hat Deutschland schlechte Erfahrungen gemacht.